

---

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 27. Februar 1983*

---

*\*Analyse de la votation fédérale du 27 février 1983*

---

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Energieartikel .....	50.9%	49.1%
Neuregelung der Treibstoffzölle .....	52.7%	47.3%
	Stimmbeteiligung 32%	

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 27. Februar 1983 / Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz .....	3
1 Energieartikel	
1.1 Die Konfliktfronten — Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen .....	3
1.2 Die Entscheidungsmotive .....	5
1.3 Wie weit geht die Annahmefähigkeit für Energiesparmassnahmen? .....	9
1.4 Subventionen und Steuern .....	15
1.5 Die Einstellung zu Atomkraftwerken .....	17
2 Neuordnung der Treibstoffzölle	
2.1 Die Konfliktfronten — Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen .....	21
2.2 Die Entscheidungsmotive .....	23
2.3 Beachtung der TCS-Initiative und Einschätzung der Rolle des TCS .....	24
Zusammenfassung der Hauptergebnisse .....	27
*Récapitulation des résultats principaux .....	29

## Die effektiven Abstimmungsresultate

	Energieartikel (Ja in %)	Neuregelung der Treibstoffzölle (Ja in %)
CH .....	50.9	52.7
ZH .....	51.7	48.6
BE .....	53.9	53.2
LU .....	48.2	52.3
UR .....	49.4	63.9
SZ .....	33.4	49.3
OW .....	37.9	46.9
NW .....	37.6	51.3
GL .....	40.5	52.5
ZG .....	45.7	53.1
FR .....	52.0	54.2
SO .....	48.8	51.0
BS .....	47.6	52.4
BL .....	47.6	51.7
SH .....	45.7	44.1
AR .....	45.0	43.1
AI .....	37.0	44.8
SG .....	52.0	49.3
GR .....	50.7	66.1
AG .....	41.1	44.4
TG .....	51.9	52.9
TI .....	70.0	71.1
VD .....	57.7	65.3
VS .....	34.2	66.9
NE .....	62.1	64.6
GE .....	71.8	49.9
JU .....	52.4	56.6

# Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. Februar 1983

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz

Bei einer Stimmbeteiligung von bloss 32.4 Prozent sind anlässlich der Doppelabstimmung vom 27. Februar zwei knappe Resultate zustande gekommen. Wurde die Treibstoffzollvorlage vom Souverän knapp angenommen, so scheiterte der Energieartikel trotz eines hauchdünnen Stimmenmehrers am fehlenden Ständemehr. Unsere Befragung liefert wertvolle Hinweise auf die relative Bedeutung und die Motive der verschiedenen befürwortenden und gegnerischen Lager. Die Energiepolitik wird für Bundesrat und Parlament wie auch für die Stimmbürger aktuell bleiben. Nicht nur ist die Energieversorgung langfristig keineswegs gesichert; es sind auch noch zwei Initiativen hängig, die in nächster Zeit zur Abstimmung kommen werden. Dies hat uns veranlasst, die Meinungen und Einstellung der Befragten zu Fragen der Energiepolitik etwas tiefer auszuleuchten. Der Bund könnte aufgrund schon bestehender Verfassungsbestimmungen und Gesetze auch ohne neuen Energieartikel verschiedene Energiesparmassnahmen erlassen. Wir haben deshalb versucht herauszufinden, wie sich die Befragten zu einzelnen möglichen Massnahmen stellen. Unsere Untersuchung soll auch darüber Aufschluss geben, was die Interviewten von Subventionen und Steuern im Bereich der Energie sowie von Atomkraftwerken halten. Es handelt sich dabei um Fragen, die von der Energie- sowie der 2. Atominitiative, über die noch abzustimmen sein wird, zur Diskussion gestellt werden.

## 1) Energieartikel

### 1.1 Die Konfliktfronten — Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

In einem ersten Schritt haben wir wiederum mittels Chi-Quadrat-Tests abgeklärt, welche Merkmale das Stimmverhalten der befragten Urnengänger beeinflusst haben. Tabelle 1 enthält die Stimmenverhältnisse aller von uns ausgeschiedenen Merkmalsgruppen. Die bei der Befragung verweigerten Antworten (bei allen Merkmalsgruppen mit Ausnahme der Sekundarschulabsolventen weniger als 9%) wurden im Verhältnis der Ja/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt. Weiter zeigt Tabelle 1 auf, welche Merkmale das Stimmverhalten signifikant beeinflusst haben. Für uns sind jene Beziehungen zwischen zwei Variablen signifikant, welche ein Signifikanzniveau von mindestens 0.1 aufweisen. Je kleiner die Zahl für das Signifikanzniveau, desto stärker der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen.

Wie wir sehen, haben verschiedene Merkmale das Entscheidverhalten signifikant beeinflusst; am stärksten die Parteisympathie und die Sprachgruppenzugehörigkeit der Befragten. Zwar hatten alle bürgerlichen Parteien (auf eidgenössischer Ebene) die Ja-

Tabelle 1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen und das Gewicht einzelner Merkmale beim Entscheid über den Energieartikel

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten in %		Gewicht des Merkmals in bezug auf den Entscheid signifi- kant	
		Ja	Nein		Signifikanz- niveau
Geschlecht	Frauen	46	54	nein	
	Männer	44	56		
Alter	20-39jährige	37	63	ja	0.1
	40-64jährige	46	54		
	65-84jährige	54	46		
Sprachgruppe	deutsche Schweiz	39	61	ja	0.001
	Westschweiz	65	35		
Stadt/Land	Stadt	44	56	nein	
	Land	46	54		
Konfession	Katholiken	46	54	nein	
	Reformierte	47	53		
Beruf	Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte	37	63	ja	0.01
	Angestellte/Beamte i. mittlerer Stellung	38	62		
	Angestellte/Beamte i. unterer Stellung	60	40		
	Landwirte	52	48		
	Arbeiter	43	57		
Bildung	Primarschule	49	51	nein	
	Sekundarschule	56	44		
	Berufs-, Gewerbeschule	44	56		
	Gymnasium, Technikum	37	63		
	Uni	50	50		
Parteisympathie	CVP	70	30	ja	0.001
	FdP	29	71		
	SP	58	42		
	SVP	48	52		
	LdU	17	83		
	LPS	56	44		
	POCH		100		
	Keine	40	60		
Pol. Integration <sup>1</sup>	Hoch	54	46	nein	
	Mittel	41	59		
	Tief	44	56		
Stichprobe effektives Abstimmungsresultat		45	55		
		51	49		

1 Zum Begriff der «politischen Integration» s. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5.

Parole ausgegeben. Doch wurde diese bloss von den Anhängern der CVP befolgt. Die Sympathisanten dieser Partei weisen übrigens den höchsten Ja-Anteil aller von uns aus-  
geschiedenen Gruppen auf. Ebenso deutlich wie diese der Vorlage zugestimmt haben, haben sie die FdP-Anhänger abgelehnt. Bei ihnen hat offensichtlich die Parole «weniger Staat» die Ja-Parole zur Vorlage in den Hintergrund gedrängt. Bei den Sympathisanten der SVP ist das Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmen fast ausgewogen. Auch auf der Seite der Anhänger der linken Parteien stellen wir eine uneinheitliche Haltung zum Energieartikel fest: So haben ihn die SP-Sympathisanten — bei Stimmfreigabe ihrer Partei — angenommen. Die POCH-Anhänger dagegen haben geschlossen Nein gestimmt. Auch bei den LdU-Anhängern stellen wir eine erdrückende Nein-Mehrheit fest. Einen Überschuss an Nein-Stimmen lieferte schliesslich auch die Gruppe jener (31%) befragten Urnengänger, die keine Parteisympathie haben. Wie die Parteisympathie hat auch die Sprachgruppenzugehörigkeit das Stimmverhalten stark beeinflusst. Für einmal haben die Romands «für Bern», die Deutschschweizer aber «gegen Bern» gestimmt.

In geringerem Masse haben noch der Beruf und das Alter die Stellungnahme der Interviewten zur Vorlage beeinflusst. Deutlich haben die Selbständigerwerbenden sowie die Angestellten und Beamten in leitender und mittlerer Stellung den Energieartikel abgelehnt. Auch bei den Arbeitern überwiegen die Nein-Stimmen. Nur die Landwirte und die Angestellten und Beamten in unterer Stellung waren der Vorlage gegenüber positiv gesinnt. Das Alter hat das Stimmverhalten zwar nur schwach beeinflusst; doch zeigt sich ein deutlicher Trend: Mit zunehmendem Alter der Befragten sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass diese Nein gestimmt haben. Die 20–39jährigen haben den Energieartikel klar verworfen, die 65–84jährigen mehrheitlich Ja gestimmt.

## 1.2 Die Entscheidungsmotive

Nachdem bereits die Analyse der Konfliktfronten gezeigt hat, dass sich die Gegnerschaft der Vorlage aus verschiedenen politischen Lagern rekrutiert hat, soll uns die Auswertung einer offenen Frage nach den Gründen des Entscheids Auskunft über die Motive der verschiedenen Lager von Gegnern wie auch Befürwortern geben. In Tabelle 2 sind die aus den Antworten auf diese offene Frage gebildeten Motivkategorien und deren relatives Gewicht eingetragen. Die *Befürworter* des Energieartikels wollten dem Bund die Kompetenz erteilen, in energiepolitischer Hinsicht Massnahmen treffen zu können. 32% der Ja-Stimmenden gaben eine entsprechende Antwort. Als Votum für das Energiesparen wollten 19% der Befürworter ihre Zustimmung zur Vorlage verstanden wissen. Weitere 14% von ihnen erhofften sich von einem Energieartikel neue Impulse für die Förderung von neuen Energiearten. Wie aus der Tabelle 2 weiter ersichtlich ist, konnten 30% der Ja-Stimmenden ihr positives Votum nicht differenziert begründen. Dieser Kategorie wurden nebst jenen 8% der Jasager, die überhaupt nichts antworteten, v.a. die Antworten von der Art «es muss etwas geschehen» zugeordnet. Dass so viele Befürworter bloss ein so allgemeines Entscheidungsmotiv vorbrachten, kann nicht erstaunen, wenn man berücksichtigt, dass die konkreten gesetzgeberischen Möglichkeiten, die der Energieartikel eröffnet hätte, aus der offiziellen Abstimmungsinformation (Bundesbüchli) kaum ersichtlich wurden.

Tabelle 2    Entscheidungsmotive – Energieartikel

Motiv	% der Nennungen
<i>Ja-Motive</i>	
- Bund muss Massnahmen treffen / Wirksame Energiepolitik	32
- Energie sparen / Sparmassnahmen	19
- Neue Energien fördern / Alternativenergien	14
Undifferenziert / Weiss nicht	30
<i>Nein-Motive</i>	
- Zuviel Vorschriften / Zuviel Staat / Genug Gesetze	31
- Zu schwach	11
- Gibt mehr AKWs / Bin gegen AKWs	11
- Ist Sache der Kantone	8
- Gegen Energiesteuer / Angst vor mehr Steuern	5
Undifferenziert / Weiss nicht	25

Die zentrale Frage bei der Auswertung der Entscheidungsmotive der *Gegner* ist die nach der Stärke der wichtigsten ablehnenden Lager. Mit anderen Worten: Scheiterte der Energieartikel primär deshalb, weil er als «zu weit» oder weil er als «zu wenig weit» gehend empfunden wurde? Das Wirken dieser zwei entgegengesetzten Motive liess sich bereits bei der Differenzierung des Stimmverhaltens nach der Parteisympathie herauslesen. Tabelle 2 zeigt nun, dass der neue Energieartikel primär am Veto gegen «zuviel Staat» gescheitert ist: 31% der Gegner machten ein entsprechendes Motiv geltend. Zu dieser Gruppe sind auch jene 5% der Nein-Stimmenden zu zählen, die mit ihrem Nein weitere Steuern verhindern wollten. Die Argumente jener Kreise, welchen die Vorlage «zu wenig weit» ging, wurden zusammen von 22% der Gegner vorgebracht: Je 11% sagten nämlich, dieser Energieartikel sei zu schwach. So lasse er z.B. den Bau weiterer Atomkraftwerke zu, und solche wollten sie nicht. Eine untergeordnete Rolle spielte der «föderalistische Reflex»: Nur 8% der Neinsager lehnten den Verfassungsartikel deshalb ab, weil er die Kompetenzen der Kantone beschneide. Dies erstaunt insofern nicht, als wir ja bereits weiter oben festgestellt haben, dass die Westschweizer, die in der Regel für das Argument des Föderalismus sehr empfänglich sind, der Vorlage freundlich gesinnt waren.

Zur Überprüfung des Gewichts der verschiedenen Pro- und Contra-Argumente stellten wir eine geschlossene Frage. Die Interviewten konnten sich mit jeder der darin enthaltenen Meinungen «voll einverstanden», «einigermassen einverstanden», «eher nicht einverstanden» oder «überhaupt nicht einverstanden» erklären. Tabelle 3 enthält diese Statements und das Gewicht der (zusammengefassten) Antwortkategorien. Auf den ersten



Tabelle 3 Meinungen zum Energieartikel

Meinung	Total			Urnengänger					
	1	2	3	Ja-Stimmende			Nein-Stimmende		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3
A Heute geht noch zuviel Energie ungenutzt verloren (durch Auspuffrohre, Kamine, Dächer, Glaswände usw.). Der <b>Energieartikel ist genau das, was wir brauchen</b> , um die Energieverschwendung einzudämmen.	66	24	11	87	7	5	51	41	8
B Die bereits bestehenden und neuen <b>Energiegesetze der Kantone</b> machen einen Energieartikel in der Bundesverfassung überflüssig	43	35	21	25	59	16	57	28	16
C Der neue <b>Energieartikel</b> gibt uns <b>keine wirklich glaubwürdige Garantie</b> dafür, dass damit der Energieverschwendung und Umweltgefährdung Einhalt geboten wird. Es wären <b>stärkere staatliche Massnahmen nötig</b>	46	37	17	53	36	11	45	47	8
D Der <b>Energieartikel ist geeignet</b> , die die heute noch sehr hohe <b>Abhängigkeit von Erdöl</b> allmählich durch Sparmassnahmen und neue Energien <b>zu beheben</b>	54	27	19	80	10	10	42	47	11
E Der <b>Energieartikel verschleiern</b> geschickt, <b>dass mehr und mehr Atomkraftwerke gebaut werden müssen</b> (bis in zehn Jahren mindestens noch eines), anstatt dass in erster Linie die <b>Alternativenergien</b> gefördert werden. Deshalb ist der Energieartikel abzulehnen	40	38	21	19	63	18	57	31	12
F Der Heizölkonsum ist in den letzten Jahren gesunken. Die hohen <b>Energiepreise zwingen also automatisch zum Energiesparen</b> . Ein <b>Energieartikel in der Bundesverfassung ist nicht nötig</b> .	48	36	16	28	60	12	65	26	9

1 = voll einverstanden + einigermassen einverstanden

2 = eher nicht einverstanden + überhaupt nicht einverstanden

3 = keine Meinung

Nennungen in %

Blick mögen die Antworten erstaunen: Es gibt nämlich, bezogen auf die Gesamtheit (Total) der Befragten, nur bei den zwei Pro-Argumenten (A und D) eindeutige — und zwar positive — Antworten! Nebst der Tatsache, dass der Energieartikel ja nicht am Volksmehr gescheitert ist, erscheint dafür namentlich folgendes Phänomen entscheidend: Bekanntlich stimmten die Gegner aus sehr unterschiedlichen Motiven Nein. Bei den Contra-Argumenten (E und F) konnte sich deshalb keine deutliche Mehrheit für die eine oder

andere Variante ergeben, sondern höchstens eine Sympathie-Tendenz. Bei der Meinung E (Atomenergie-Gegner) sind 40% voll oder einigermaßen einverstanden. Bei F (Marktwirtschaft als bester Regler) sind es 48%.

Unterscheidet man nach *Ja- und Neinstimmenden*, erscheinen zwar die Mehrheiten deutlicher, aber ebenso auch die Gespaltenheit der Urnengänger oder sogar die des einzelnen Stimmbürgers. Beginnen wir mit den *Neinsagern* und beachten wir, wo der grösste Anteil an voll oder einigermaßen Einverständenen zu finden ist. Wie schon weiter oben festgestellt wurde, gibt es solche, die staatliche Regelungen überhaupt ablehnen (F, 65% voll oder einigermaßen einverstanden). Die zweite Gruppe setzt sich aus jenen Befragten zusammen, die eine radikale Änderung der Energiepolitik, insbesondere den Verzicht auf (weitere) Atomkraftwerke fordern (57% voll oder einigermaßen einverstanden bei E). Eine letzte Gruppe schliesslich sieht die Energiepolitik als Domäne der Kantone (57% voll oder einigermaßen einverstanden bei B). Die Prozentzahlen geben also tatsächlich die Gespaltenheit des Neinlagers wieder. Die merkwürdigen Überschneidungen lassen sich am ehesten so deuten, dass z.B. einzelne Stimmbürger ihr Nein gleichzeitig föderalistisch und marktwirtschaftlich begründen. Auf keinen Fall können wir kompakte Lager, sondern eben nur Tendenzen feststellen. Und diese gehen mit jenen parallel, die wir beim Total schon angedeutet haben. Interessant ist die Feststellung, dass die Gegner der Vorlage die Pro-Argumente A und D nicht zurückweisen. Dies wohl v.a. deshalb, weil die darin aufgeworfenen Probleme (Energieverschwendung und Erdölabhängigkeit) auch sie beschäftigen, obwohl sie *gegen* den Energieartikel gestimmt haben. Bei den *Ja-Stimmenden* stellen wir fest: Die Pro-Argumente A und D werden überaus deutlich befürwortet (87% und 80%). Die Contra-Argumente B, E und F werden aber nur in geringerem Ausmass zurückgewiesen (59%, 63%, 60%). Ein weiteres gegnerisches Argument wird aber von ihnen bezeichnenderweise gutgeheissen: 53% der Befürworter finden, der Energieartikel sei zu wenig weit gegangen (C)! Die Ja-Sager sehen im Energieartikel zwar ein geeignetes Instrument (87% und 80%). Aber gleichzeitig wollte ein Teil von ihnen (53%) ausdrücken, dass mehr getan werden müsste.

Wir stellten den Interviewten nun die Frage, wie es in der Energiepolitik weitergehen sollte. Sie konnten zwischen vier vorgelegten Optionen auswählen. Diese sind aus Tabelle 4 ersichtlich. Für die Gesamtheit der Befragten (Total) lässt sich aus den Antworten keine eindeutige Präferenz herauslesen, sind doch die Nennungen annähernd gleichmässig auf alle vier Antwortkategorien verteilt. Immerhin stellen wir fest, dass sich bloss 24% der Befragten ausdrücklich gegen staatliche Massnahmen wenden. Etwas klarer sind die Verhältnisse bei Befürwortern und Gegnern der Vorlage: Bei den Ja-Stimmenden bilden diejenigen die relativ grösste Gruppe, welche einen Gegenvorschlag des Bundes gegen die Energie-Initiative wünschen (38%). Bei den Nein-Stimmenden vereinigt das Veto gegen staatliche Eingriffe in der Energiefrage relativ am meisten Nennungen auf sich (34%). Nun möchten wir noch kurz auf jene Gruppen eingehen, deren Präferenzen besonders deutlich von denen der Gesamtheit (Total) abweichen. Die Option Energie-Initiative findet bei SP-, LdU- und POCH-Sympathisanten sowie Uni-Absolventen relativ am meisten Anklang. Die CVP-Sympathisanten bevorzugen dagegen kantonale Energiegesetze. Bei den SVP- und FdP-Sympathisanten bilden sich zwei Schwerpunkte: Sowohl der Verzicht auf staatliche Massnahmen wie auch ein Gegenvorschlag gegen die Energie-Initiative wurden von diesen überdurchschnittlich häufig genannt.



### 1.3 Wie weit geht die Annahmefähigkeit für Energiesparmassnahmen?

Auch ohne den neuen Energieartikel könnte der Bund verschiedene Massnahmen zur Einsparung von Energie erlassen. Um deren Popularität herauszufinden, haben wir den Befragten solche genannt. Zu jeder einzelnen Massnahme konnten die Antworten «ich begrüsse eher» oder «ich lehne eher ab» gewählt werden. Tabelle 5 enthält die möglichen Regelungen im Bereich des *elektrischen Stroms*. Vorweg sei erwähnt, dass sich die Ansichten von Befürwortern und Gegnern des Energieartikels quantitativ nicht wesentlich voneinander unterscheiden (vgl. Prozentzahlen). Wie erwartet, wird die schwächste Massnahme, die Etikettierungspflicht von Elektrogeräten (G) am stärksten befürwortet. Dass auch ein behördlich verordneter Maximalverbrauch bei Geräten (M) so deutlich unterstützt wird, mag damit zusammenhängen, dass eine solche Regelung die Verantwor-

Tabelle 4 Energieartikel abgelehnt – Wie soll es weitergehen?

Frage	Total	überdurchschnittlich vertretene Gruppen Nennungen in %	Urnengänger Ja- Stimmende	Nein- Stimmende
«Der Energieartikel ist abgelehnt worden. Können Sie mir sagen, von welchen der folgenden Massnahmen Sie am ehesten eine sparsame und umweltschonende Energieversorgung erwarten:»				
– Keine staatlichen Massnahmen	24	SVP- (34), FdP (30) Sympathis.	11	34
– <b>Kantonale Energiegesetze</b> erlassen	25	CVP-Sympathisanten (43)	28	24
– Es braucht stärkere Massnahmen, als sie der Energieartikel vorsah. Man muss deshalb die <b>Energie-Initiative der Atomkraft-Gegner</b> annehmen. Diese kommt später zur Abstimmung. Sie will Subventionen, eine Energiesteuer und besonders bei der Elektrizität Vorschriften einführen	20	SP- (33), LdU (33), POCH- (88) Sympathis., Uni-Absolventen (50)	16	18
– <b>Einen Gegenvorschlag des Bundes gegen die Energie-Initiative der Atomkraft-Gegner</b> machen, um dem Energiesparen doch noch Nachdruck zu verschaffen, soweit das möglich ist	22	SVP- (34), FdP- (30) Sympathis., politisch hoch Integrierte (33)	38	18
– keine Meinung	8		6	6

Tabelle 5 Stromsparmassnahmen

Massnahme	Total			Urnengänger					
	1	2	3	Ja-Stimmende			Nein-Stimmende		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3
G Etiketten an elektrischen Geräten (z.B. Kühlschränke, Waschmaschinen), damit der Konsument weiss, wie viel Strom diese brauchen	87	9	4	89	10	2	87	8	4
H Verbot von neuen fest installierten elektrischen Heizungen	22	66	12	18	69	13	18	70	12
I Staatliche Stromsparmassnahmen sind nicht nötig, denn die hohen Strompreise zwingen automatisch zum Stromsparen	50	40	10	49	43	8	48	42	10
J Der elektrische Strom, der für die Heizung von Gebäuden verwendet wird, soll massiv verteuert werden	16	77	8	19	73	8	19	72	9
K Staatliche Stromsparmassnahmen sind nicht nötig, im Notfall können die Elektrizitätswerke zeitweise den Strom abschalten	29	56	15	28	60	13	34	53	13
L Überdurchschnittlich strenge Vorschriften für die Wärmeisolation bei Häusern mit fest installierten Elektroheizungen	58	33	9	58	36	6	51	39	11
M Nur noch solche elektrische Geräte (z.B. Waschmaschinen, Kühlschränke) zum Verkauf zulassen, die verglichen mit den heute üblichen Geräten wesentlich weniger Strom brauchen	73	20	8	81	12	8	66	25	10

1 = ich begrüsse eher

2 = ich lehne eher ab

3 = keine Meinung

Nennungen in %

tung für das Stromsparen auf die Geräte-Hersteller abschiebt. Die Freiheit, eine fest installierte elektrische Heizung einzubauen (H) wollen sich die Befragten nicht beschneiden lassen, auch nicht durch spezielle, prohibitive Stromtarife (J). Akzeptiert wird im Zusammenhang mit diesen elektrischen Heizungen allenfalls eine Verschärfung der Vorschriften zur Gebäudeisolation (L). Fassen wir zusammen: Jeder ist für das Energiesparen, am deutlichsten dann, wenn andere dafür verantwortlich sind und die Wahlfreiheit des Einzelnen nicht eingeschränkt wird. Man hofft offensichtlich, es werde schon irgendwie gehen und will jedenfalls keine drastischen Einschränkungen (z.B. Netzabschaltungen, K) hinnehmen. Die Frage, ob staatliche Stromsparmassnahmen bei hohen Strompreisen überhaupt noch nötig seien (I), ist umstritten. Insgesamt halten sie gerade 50% der Befragten für unnötig. CVP-, SP- und POCH-Sympathisanten sowie Uni-Absolventen sind für staatliche Stromsparmassnahmen.

Tabelle 6    Energiesparmassnahmen beim Autoverkehr

Massnahme	Total			Urnengänger					
				Ja-Stimmende			Nein-Stimmende		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3
N    Sonntagsfahrverbot an 10 Sonntagen im Jahr	46	51	3	49	50	2	49	48	3
O    Das Benzinsparen dem Autofahrer überlassen, die hohen Benzinpreise zwingen automatisch zum Sparen. Es braucht keine staatlichen Massnahmen	66	29	5	60	35	5	65	31	4
P    Nur noch solche Autos zum Verkauf zulassen, die verglichen mit den heute üblichen Autos wesentlich weniger Benzin brauchen	65	29	6	72	22	6	65	31	4
Q    Es der Autoindustrie überlassen, Autos zu bauen, die weniger Benzin brauchen. Es braucht keine staatlichen Massnahmen	59	33	8	58	38	4	59	34	7
R    Herabsetzen der generellen Höchstgeschwindigkeit für Motorfahrzeuge auf 100 Stundenkilometer auf Autobahnen und 80 Stundenkilometer auf den übrigen Strassen	37	57	7	38	60	2	39	52	8
S    Verpflichtung, den durchschnittlichen Treibstoffverbrauch in Reklamen usw. anzugeben, damit der Autokäufer weiss, wieviel Benzin ein Auto verbraucht	78	14	8	80	11	9	78	16	7

1 = ich begrüsse eher  
 2 = ich lehne eher ab  
 3 = keine Meinung

Nennungen in %

Auch die Beliebtheit einzelner Massnahmen beim *Autoverkehr* wollten wir herausfinden. Die Frage, die wir dazu stellten, ist gleich konzipiert wie jene über die Stromsparmassnahmen. Deshalb ist Tabelle 6 gleich aufgebaut wie Tabelle 5. Hier gilt dasselbe wie oben: Die schwächste Massnahme, die Angabe des Benzinverbrauchs von Autos in der Werbung (S), wird weitaus am deutlichsten befürwortet. Auch diejenigen Massnahmen, welche die Aufgabe des sparsamen Benzinverbrauchs den Autoherstellern zuweisen (P und Q), werden begrüsst. Gleichzeitig werden aber staatliche Massnahmen an sich beim Thema Auto im Gegensatz zu jenen beim elektrischen Strom klar abgelehnt (O). Das liegt natürlich darin begründet, dass dem Auto immer noch ein hoher Stellenwert bezüglich der persönlichen Freiheit beigemessen wird. Massnahmen, wie die Reduktion der Höchstgeschwindigkeiten (R) und ein Fahrverbot an 10 Sonntagen im Jahr (N) werden denn auch abgelehnt, allerdings mit eher knappen Mehrheiten. Dabei kann besonders das Sonntagsfahrverbot als umstrittenste der erfragten Massnahmen gelten. Folgende Gruppen begrüssen es eher: SP-, SVP-, LdU-, POCH-Anhänger, Deutschschweizer und

Tabelle 7 Energiesparmassnahmen im Bereich Bauen

Frage	Total	Urnergänger	
		Ja- Stimmende Nennungen in %	Nein- Stimmende
«Eine Frage zu <b>Energiesparmassnahmen bei Neubauten und Umbauten</b> . Eigentlich sollte sichergestellt werden, dass bei Gebäuden möglichst wenig Wärme verloren geht, z.B. durch bessere Isolation und Heizanlagen. Die Kantone wären in der Lage, in ihren Baugesetzen gewisse Anforderungen zu erlassen. Was meinen Sie: Sollen die Kantone dies tun oder soll der Bund trotz abgelehntem Energieartikel etwas machen oder sollen überhaupt keine staatlichen Vorschriften in diesem Bereich (Neubauten und Umbauten) erlassen werden?»			
- Die <b>Kantone</b> müssen auf <b>eigene Faust</b> solche solche Anforderungen stellen	37	36	42
- <b>Der Bund</b> muss solche Anforderungen stellen, da sonst die meisten Kantone nichts machen	32	45	25
- <b>Staatliche</b> energietechnische <b>Anforderungen</b> an Bauen und Heizen sind <b>nicht nötig</b> . Die hohen Energiepreise zwingen automatisch zum Sparen	21	13	25
- keine Meinung	11	6	8

VCS-Mitglieder. Schliesslich sei auch noch festgehalten, dass sich Gegner und Befürworter des Energieartikels in der Haltung zu diesen Massnahmen kaum unterscheiden.

Einen weiteren Bereich, in dem Energiesparmassnahmen möglich und sinnvoll sind, stellt der *umbaute Raum* dar. Auch dazu haben wir einige Fragen gestellt. Zunächst wollten wir wissen, ob nach Ansicht der Interviewten in diesem Bereich überhaupt und von wem Vorschriften erlassen werden sollen. Die drei möglichen Antworten, von denen eine ausgewählt werden musste, sind in Tabelle 7 enthalten. Was zeigt uns diese? Erstens: Anforderungen zur Gebäudeisolation werden begrüsst (zusammen 69% der Nennungen bei den ersten zwei Antwortkategorien für das Total der Befragten). Zweitens: Befürworter des Energieartikels legen das Schwergewicht auf entsprechende Vorschriften von seiten des Bundes (45%), Gegner auf die Kantone (42%).

Eine weitere Frage widmeten wir den Energiesparmassnahmen bei Bauten und Heizungen im Lichte des Verhältnisses *Mieter-Vermieter*. Tabelle 8 enthält die Statements, mit denen sich die Interviewten «eher einverstanden» oder «eher nicht einverstanden» erklären konnten. Ein Vergleich der Antworten auf die ersten zwei Ansichten (T und U) zeigt, dass die Gesamtheit der Befragten mehrheitlich der Meinung ist, solche Sparmassnahmen kämen dem Mieter zugute (U). Die Vorteile (niedrigere Heizkostenabrechnung, U) überwiegen nach Ansicht der Mehrheit die Nachteile (Erhöhung der Mietzinse infolge von Investitionen, T). Es darf hier nicht unterschlagen werden, dass die Ansichten von Deutschweizern und Romands in dieser Frage auseinanderklaffen. Jene sind der Mei-

nung, dass die Mieter von solchen Massnahmen profitieren, während diese glauben, das nütze den Mietern nichts. Zur Meinung, die Vermieter machen von sich aus nichts, wenn sie nicht von den Behörden zu energiesparenden Investitionen verpflichtet werden, kamen keine eindeutigen Antworten zustande (V). Mieter und Befürworter des Energieartikels sind mit diesem Statement gleicherweise einverstanden. Von allen befürwortet wird schliesslich die Forderung, dass sich Bau- und Heizungsfachleute über den neuesten Stand der Energietechnik orientieren und diesen auch anwenden sollen (W).

Ein wichtiges Element für ein energiebewusstes Heizen bildet die *Heizkostenabrechnung nach dem effektiven Verbrauch*. Deren Anwendung steckt erst in den Anfängen. Wie bekannt ist diese Massnahme? Frage a) soll darüber Aufschluss geben. Die Antwort ist in Tabelle 9 enthalten. Eine Mehrheit, nämlich 69% der Befragten, haben schon davon gehört. Auf die Frage, ob diese Abrechnungsart bei ihnen bereits angewandt werde, antworteten 27% mit Ja. Diese Zahl dürfte mit Sicherheit zu hoch sein. Wahrscheinlich haben einige Befragte den Unterschied dieser Berechnungsart gegenüber der herkömmli-

Tabelle 8 Energiesparmassnahmen bei Bauten und Heizungen im Lichte des Verhältnisses Mieter - Vermieter

Auffassung	Total			Urnengänger						Mieter			Vermieter		
				Ja-Stimmende			Nein-Stimmende								
	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3
<b>T</b> Investitionen für Sparmassnahmen nützen dem Mieter nichts. Sie führen zunächst einmal nur zu einer Erhöhung der Mietzinse	45	42	13	49	43	9	36	53	11	49	39	12	39	47	14
<b>U</b> Der Mieter profitiert von solchen Sparmassnahmen, indem nämlich seine Heizrechnung kleiner wird	60	27	12	73	19	8	65	25	10	58	31	12	65	22	13
<b>V</b> Die Vermieter machen von sich aus nichts, wenn staatliche Behörden sie nicht zu energiesparenden Investitionen verpflichten	45	37	19	56	32	12	39	41	20	50	31	19	36	46	18
<b>W</b> Staatliche Behörden müssen die Bau- und Heizungsfachleute zwingen, sich über den neuesten Stand der Energietechnik zu orientieren und diesen in der Praxis auch anzuwenden	61	25	14	66	22	12	57	31	12	65	23	13	56	29	15

1 = eher einverstanden

2 = eher nicht einverstanden

3 = keine Meinung

Nennungen in %



Tabelle 9 Die Heizkostenabrechnung nach effektivem Verbrauch — Bekanntheitsgrad und Verbreitung

Frage	Total Nennungen in %
a) «Und nun eine Frage zur Abrechnung der Heizkosten in Mietwohnungen. Heute bezahlt der Mieter für seinen Haushalt normalerweise einen <b>festen Anteil</b> an die Heizkosten. Dieser richtet sich nach seinem Wohnraum oder seiner Wohnfläche. Eine andere Möglichkeit wäre, den <b>Wärmeverbrauch jedes Haushalts zu messen</b> und die Heizkosten zum grössten Teil nach dem effektiven Verbrauch abzurechnen. Haben Sie schon davon gehört, kennen Sie vielleicht jemanden, bei dem das so gemacht wird?»	
— habe schon davon gehört	69
— habe noch nie davon gehört (höre ich heute zum ersten Mal)	26
— keine Antwort	5
b) «Können Sie mir sagen, wie das mit der Heizabrechnung bei Ihnen gemacht wird. Wird da nach einem festen Anteil oder nach dem <b>effektiven Verbrauch</b> abgerechnet?»*	
— nach festem Anteil	57
— nach effektivem Verbrauch	27
— weiss nicht	16

\* Bei dieser Frage wurden Eigentümer von Einfamilienhäusern mit zentraler Heizanlage im Haus sowie Mieter bzw. Eigentümer mit separaten Heizöfen in der Wohnung ausgefiltert.

chen Heizkostenabrechnung nicht eindeutig erfasst oder nicht gewusst, wie bei ihnen wirklich abgerechnet wird. Diese Vermutung wird durch die Antworten auf die nächste Frage untermauert. Wir wollten noch wissen, ob den Interviewten Schwierigkeiten bekannt sind, welche im Zusammenhang mit der Heizkostenabrechnung nach dem effektiven Verbrauch auftauchen können. Wie Tabelle 10 zeigt, konnten bloss 21% der Befragten ein solches Problem nennen (z.B. komplizierte Abrechnung, Montieren von Zählern, Messprobleme, Benachteiligung exponierter Wohnungen etc.). 28% gaben an, es gebe keine Probleme oder gaben Antworten, die eigentlich zugunsten der hier diskutierten Art der Heizkostenabrechnung sprechen. Die letztgenannten Antworten bestärken uns in der oben geäusserten Vermutung, dass einige Befragte das Wesen dieser Abrechnungsart in der Befragungssituation nicht ganz erfasst haben dürften. Soll die Heizkostenabrechnung nach dem effektiven Verbrauch durch die Kantone obligatorisch erklärt werden? Wie uns die Antworten auf diese Frage in Tabelle 11 zeigen, ist sie umstritten. Es äussern sich fast gleich viele Befragte dafür wie dagegen. Eindeutig sind die Antworten folgender Gruppen: Dafür: Romands, LPS-, SP- und POCH-Sympathisanten sowie Uni-Absolventen. Dagegen: CVP-Sympathisanten.

Tabelle 10 Die Heizkostenabrechnung nach effektivem Verbrauch — Bekanntheit von Problemen

Frage	Total Nennungen in %
«Erfahrungen mit der Abrechnungsart nach <b>effektivem Verbrauch</b> zeigen, dass 10-20% weniger Energie verbraucht wird, weil der sparsame Mieter belohnt wird. Andererseits bringt diese Art Abrechnung auch Schwierigkeiten mit sich. Sind Ihnen solche Schwierigkeiten und Probleme bekannt, können Sie mir solche nennen? Welche?»	
— ein Problem genannt	21
— es gibt keine Probleme	28
— anderes	4
— weiss nicht / keine Antwort	47

Tabelle 11 Die Heizkostenabrechnung nach effektivem Verbrauch — soll sie obligatorisch werden?

Frage	Total Nennungen in %
«Sollen die Kantone die Heizabrechnung nach dem <b>effektiven Verbrauch</b> obligatorisch erklären?»	
— ja	37
— nein	40
— keine Antwort	23

#### 1.4 Subventionen und Steuern

Weiter sind im Energiebereich auch finanzielle Massnahmen des Staates möglich. Da sind einmal *Subventionen* denkbar. Wir liessen die Befragten zu drei verschiedenen Möglichkeiten Stellung nehmen (Antwortmöglichkeiten «ich begrüsse eher» oder «ich lehne eher ab»). Wie Tabelle 12 zeigt, ist die finanzielle Unterstützung der Energieforschung (X), wie sie der abgelehnte Energieartikel vorgesehen hatte, am populärsten. Sie ist kaum umstritten. Würden sie doch alle Gruppen, die in Tabelle 1 aufgeführt sind, eher begrüssen. Etwas weniger populär sind Energiespar-Subventionen für den öffentlichen Verkehr (Y). Sie werden aber sowohl von einer Mehrheit der Gesamtheit (Total) als auch von fast allen Gruppen der Befragten begrüsst.

Umstritten sind hingegen Subventionen für Energiespar-Investitionen an private Haushalte (Z). Bei diesen ist das Verhältnis von befürwortenden und ablehnenden Antworten fast ausgeglichen. Deutlich dafür sprechen sich SP-, LdU- und POCH-Sympathisanten

sowie die höheren Bildungsgruppen aus. Bei allen drei Subventionsarten unterscheiden sich die Antworten von Befürwortern und Gegnern des Energieartikels kaum voneinander.

Tabelle 12 Subventionen für Energieforschung und Energiesparmassnahmen

Massnahme	Total			Urnergänger					
	1	2	3	Ja-Stimmende			Nein-Stimmende		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3
«Der Energieartikel hätte vorgesehen, dass der Bund die Energieforschung finanziell unterstützt, um die Energieversorgung sparsamer zu machen und um den Einsatz neuer Energien zu fördern. Es gibt Leute, die sagen, der Energieartikel wäre damit zu wenig weit gegangen. Der Bund müsse auch die <b>sparsame Verwendung der Energie subventionieren</b> . Im folgenden sehen Sie einige finanzielle Massnahmen. Wollen Sie mir bitte auch hier jeweils sagen, welche Sie begrüssen und welche Sie ablehnen:»									
X Finanzielle Unterstützung der Energieforschung	76	16	8	88	10	2	76	18	6
Y Subventionen für den öffentlichen Verkehr, mit dem Zweck, im Verkehr Energie zu sparen	62	30	8	67	29	4	60	32	8
Z Subventionen für die privaten Haushalte, die Investitionen für Energiesparmassnahmen treffen	46	43	11	46	46	9	48	45	7

1 = ich begrüsse eher  
2 = ich lehne eher ab  
3 = keine Meinung

Nennungen in %

Die andere Seite der finanziellen Massnahmen bilden die *Steuern*. Wir haben den Interviewten vier verschiedene Möglichkeiten vorgelegt. Von ihnen musste eine ausgewählt werden. Drei davon beinhalten je eine Art der Besteuerung der Energie, die vierte ist die Option «überhaupt keine Steuern auf Energie». Tabelle 13 ist dieser Frage gewidmet. Nach allem dem, was wir bereits über die Wirksamkeit des «Weniger-Staat-Syndroms» festgestellt haben, ist es nicht verwunderlich, dass 54% der Befragten keine Steuern auf Energie wünschen und 39% solche in irgendeiner Form bejahen (6% + 23% + 10%). Diese sollen aber so gering wie möglich ausfallen und die Energiepreise nur wenig erhöhen. Auch soll ihr Ertrag zweckgebunden für die Energiepolitik verwendet werden. Eine zweckgebundene Energiesteuer wird übrigens von der Energie-Initiative verlangt. Für eine Besteuerung der Energie sprachen sich die folgenden Gruppen mehrheitlich aus: SP-, LdU- und POCH-Sympathisanten sowie Uni-Absolventen.

Tabelle 13 Subventionen für Energieforschung und Energiesparmassnahmen

mögliche Steuern	Total	Urnergänger Ja-Stimmende	Nein-Stimmende Nennungen in %
«Der Energieartikel enthielt keine Energiesteuer. Es gibt aber Leute, die sagen, der Energieartikel wäre auch damit zu wenig weit gegangen. Im folgenden können Sie sich dazu äussern, was Sie zur Besteuerung der Energie meinen. Welche von diesen vier Meinungen entspricht Ihrer Ansicht?»			
- Die Energiepreise durch eine besondere <b>Energiesteuer so stark erhöhen</b> , dass man zum Energiesparen gezwungen wird	6	8	8
- Die Energiepreise durch eine besondere <b>Energiesteuer nur wenig erhöhen</b> und mit diesen Steuereinnahmen Energiesparmassnahmen bezahlen	23	24	20
- Heizöl, Gas und elektrischen Strom der <b>Warenumsatzsteuer (WUST)</b> unterstellen. Bisher musste man weder auf Heizöl noch elektrischem Strom noch Gas WUST bezahlen, so wie man dies selbstverständlich für fast alle anderen Waren tut, die man kauft	10	15	11
- Überhaupt <b>keine Steuern</b> auf Energie erheben	54	48	55
- keine Meinung	8	5	5

### 1.5 Die Einstellung zu Atomkraftwerken

In der Diskussion um die Energiefrage nehmen die Atomkraftwerke eine zentrale Stellung ein. Im Jahre 1979 scheiterte die 1. Atominitiative nur knapp. In nächster Zeit wird der Souverän über eine 2. Atominitiative zu befinden haben. Wie stellen sich die Befragten im heutigen Zeitpunkt zu den Atomkraftwerken? Um dies herauszufinden, liessen wir sie zunächst eine von vier möglichen Antworten auswählen. Wie Tabelle 14 zeigt, sind je zwei in einem unterschiedlichen Grade positiv bzw. negativ. Zusammengenommen äussern sich 54% der Gesamtheit (Total) der Befragten gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke. 41% würden den Bau solcher noch zulassen. Aber 35% von diesen möchten ihn auf ein einziges weiteres Werk beschränken. Die Stimmung gegenüber den Atomkraftwerken ist also eher negativ. Freilich muss dieses Globalurteil eingeschränkt werden. Sobald man es nämlich auf die Meinungen jener Gruppen bezieht, die wir üblicherweise in Tabelle 1 aufführen, ergeben sich bezeichnende Unterschiede zwischen ihnen.

Sie sind fast bei allen Merkmalsgruppen so bedeutend, dass wir sie im Zusammenhang mit der weiteren Frage (Auswirkungen von Atomkraftwerken, Tabellen 15 und 16) weiterverfolgen werden. Einzelne sind in Tabelle 14 aufgeführt. Parteisympathie und politische Integration zeigen uns dabei, wie uneinheitlich die Meinungen sind.

Unter den *Parteien* würden FdP- und CVP-Sympathisanten den Bau weiterer Werke mit 54% und 57% tolerieren; vorwiegend freilich nur den eines weiteren (49% und 45%). Bei den SVP-Anhängern halten sich die positiven und negativen Antworten die Waage. Gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke sind die Anhänger von POCH, SP, LPS und LdU (94%, 71%, 63%, 60%). Ferner sind auch die Befragten ohne Parteisympathie knapp mehrheitlich dagegen. Betrachten wir das Merkmal *politische Integration*, erkennen wir, dass gerade jene Gruppen, die sich im allgemeinen nicht intensiv am politischen Leben beteiligen, mehr oder weniger negativ zu den Atomkraftwerken eingestellt sind (Mittelgruppe: 55%; wenig Integrierte: 65%). Diese Zahlen dürften insofern bedeutungsvoll sein, als anzunehmen ist, dass bei der kommenden Abstimmung über die neue Atominitiative der Abstimmungskampf leidenschaftlich geführt würde und damit gerade jene soeben genannten Gruppen wahrscheinlich vermehrt teilnahmen. Es wäre also damit zu rechnen, dass mehr Gegner (der Atomkraftwerke) mobilisiert würden.

Wie schätzen nun die Befragten die *Auswirkungen* der Kernkraftwerke allgemein ein? Zur Beantwortung dieser Frage legten wir den Interviewten einige Statements vor, die verschiedene Aspekte der Auswirkungen betreffen. Für jeden Aspekt konnten die Auswirkungen der Atomkraftwerke auf einer Skala als «ausserordentlich günstig» (= 1), «günstig» (= 2), «weder günstig noch ungünstig» (= 3), «ungünstig» (= 4) oder «ausserordentlich ungünstig» (= 5) bewertet werden. Tabelle 15 enthält die 7 Bereiche sowie das aufgrund der arithmetischen Mittel gebildete Profil. Dieses spricht eine klare Sprache: Alle Auswirkungen wirtschaftlicher Art werden als günstig bis neutral, jene auf die Gesundheit und Sicherheit der Menschen als neutral bis ungünstig eingestuft. Auch bei dieser Frage sind die Abweichungen einzelner Merkmalsgruppen aufschlussreich. Da es nicht sinnvoll ist, hier die Mittelwerte für alle Merkmalsgruppen aneinanderzureihen, fassen wir die wichtigsten Abweichungen zu zwei idealtypischen Robotbildern zusammen. Beginnen wir mit dem Idealtypus desjenigen Befragten, der die Auswirkungen von Atomkraftwerken positiver einschätzt als die Gesamtheit der Befragten im Durchschnitt: Bei diesem handelt es sich um einen Selbständigerwerbenden oder leitenden Angestellten/Beamten der oberen Einkommensklassen, ferner um einen Sympathisanten der CVP oder FdP und um einen politisch hoch Integrierten. Er ist männlichen Geschlechts, zwischen 40 und 64 Jahren alt. Die idealtypische Gegenseite lässt sich folgendermassen charakterisieren: Es handelt sich um Frauen, um Angestellte und Beamte in einer unteren Einkommensklasse oder im Bereich der Landwirtschaft. Die Sympathien liegen auf der Seite von POCH oder SP. Häufig sind politisch schwach Integrierte aber auch Uni-Absolventen. Es überwiegen die Altersgruppen zwischen 20 und 39 oder zwischen 65 und 84 Jahren.

Zum Schluss müssen wir noch auf ein im zeitlichen Vergleich interessantes Ergebnis der Fragen über die Atomkraftwerke eingehen. Anders als es in den Ergebnissen der Abstimmung über die Atominitiative vom 18. Februar 1979 zum Ausdruck gekommen ist (Romands dafür, Deutschschweizer dagegen), unterscheiden sich heute die Einstellungen



Tabelle 14 Die Einstellung zu Atomkraftwerken

Frage	Total	Urnensänger		Parteisympathie					Politische Integration			Sprachgruppen- zugehörigkeit Deutsche Schweiz West- schweiz				
		Ja-Stim- mende	Nein-Stim- mende	Ja	LD	ULPS	SP	SVP	CVP	FAP	Kei- nc		Hoch	Mittel	Tief	
		Nennungen in %														
Man kann ohne weiteres noch einige Atomkraftwerke bauen	6	8	5	5	12	3	4	7	11	—	6	9	5	8	4	12
Wenn nötig kann man noch ein weiteres Atomkraftwerk bauen	35	49	39	49	45	46	24	27	22	6	35	52	36	20	37	30
Man sollte keine weiteren Atomkraftwerke bauen	37	29	35	37	31	34	47	20	52	38	35	27	41	36	37	38
Man sollte keine weiteren Atomkraftwerke bauen und alle bereits bestehenden sofort stilllegen	17	11	18	6	10	15	24	40	11	56	16	9	14	29	18	15
keine Meinung	5	4	4	3	2	2	1	7	4	—	8	4	4	7	4	6

Tabelle 15 Vorstellungen von den Auswirkungen von Atomkraftwerken

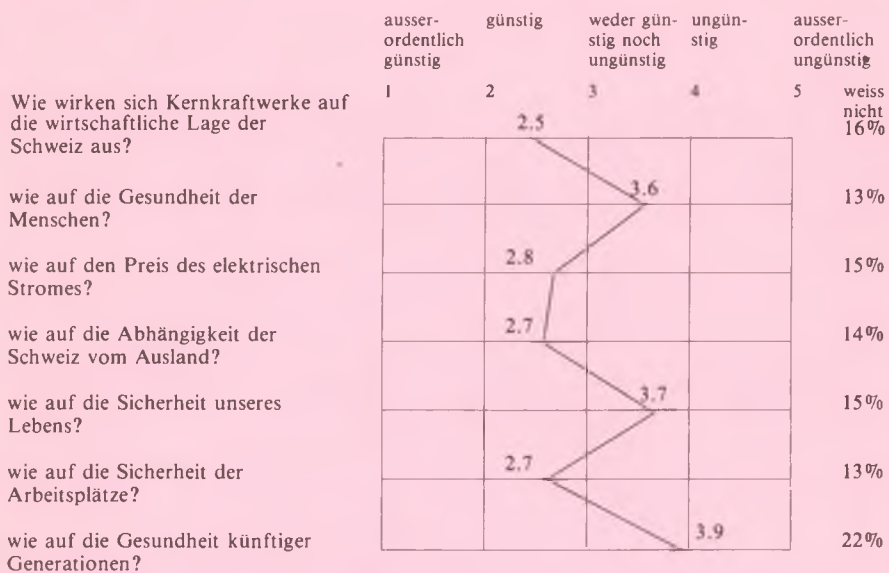
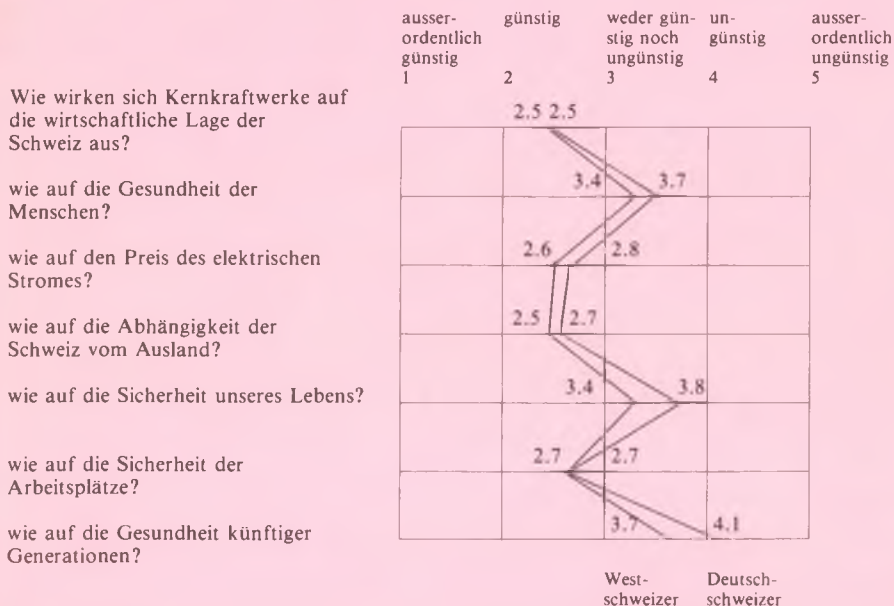


Tabelle 16 Vorstellungen von den Auswirkungen von Atomkraftwerken nach Sprachgruppenzugehörigkeit



von Romands und Deutschschweizern zum Bau weiterer Atomkraftwerke kaum. Wie Tabelle 14 zeigt, äussern sich beide fast im gleichen Ausmass dagegen (53% R, 55% D). Ein weiteres Indiz, das auf einen Wandel der Haltungen dieser zwei Gruppen hinweist, liefern uns die Ergebnisse der Frage über die Auswirkungen von Atomkraftwerken. Diese Frage wurde nämlich bereits im Jahre 1976 in einer Befragung gestellt und ergab damals, dass die Deutschschweizer die Auswirkungen positiver einschätzten als die Westschweizer<sup>1</sup>. Verglichen mit damals, stellen wir heute gerade das Umgekehrte fest. Tabelle 16 zeigt nämlich, dass die Deutschschweizer die Auswirkungen negativer beurteilen als die Romands; dies besonders deutlich in jenen Fragen, welche die Sicherheit und Gesundheit der Menschen betreffen. Der Gründe für diese Veränderungen sind sicher viele. Allein schon die Tatsache, dass ein allfälliges weiteres Atomkraftwerk in der deutschen Schweiz gebaut würde, mag hier einiges erklären.

## 2) Neuordnung der Treibstoffzölle

### 2.1 Die Konfliktfronten — Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Tabelle 17 enthält dieselben Informationen für die Treibstoffzollvorlage wie Tabelle 1 für den Energieartikel. Die verweigerten Antworten (bei allen Merkmalsgruppen mit Ausnahme der Sekundarschulabsolventen weniger als 9%) sind wiederum im Verhältnis der Ja/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt.

Am stärksten hat die Parteisympathie den Entscheid der Urnengänger beeinflusst. War bei der Abstimmung über den Energieartikel sowohl die Anhängerschaft der bürgerlichen als auch jene der linken Parteien gespalten, so schälen sich bei der Treibstoffzollvorlage drei Gruppen heraus, die schon eher die konventionellen politischen Konfliktfronten widerspiegeln. Die Anhänger der bürgerlichen Parteien haben der Vorlage deutlich zugestimmt und damit, anders als beim Energieartikel, die Parolen ihrer Parteien befolgt. Allerdings gibt es eine breite Streuung der Ja-Anteile, von 60% (LPS) bis 91% (SVP). Auf der entgegengesetzten Seite votierten die LdU- und POCH-Sympathisanten klar gegen die den Stimmbürgern unterbreitete Neuregelung der Treibstoffzölle. Zwischen den zwei beschriebenen Gruppen finden wir die Anhänger der SP und die Befragten ohne Parteisympathie. Über diese dritte Gruppe können wir keine eindeutige Aussage machen. Wir müssen nämlich in Betracht ziehen, dass der Ja-Stimmenanteil unserer Stichprobe um 6% über dem Ja-Stimmenanteil der effektiv Stimmenden liegt (Anpassung an den Sieger anlässlich der Nachbefragung). Da wir nicht wissen, wie gross die Abweichungen bei den einzelnen Gruppen sind, können wir nicht sagen, ob die SP-Anhänger und die Befragten ohne Parteisympathie die Vorlage in Wirklichkeit angenom-

<sup>1</sup> Vgl. Repräsentativbefragung der Schweizer Bevölkerung über Energiekonsum, Energieversorgung und Energiepolitik; Schriftenreihe der Eidg. Kommission für die Gesamtenergiekonzeption, Studie Nr. 9, Bern 1976, S. 35.

Tabelle 17 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen und das Gewicht einzelner Merkmale beim Entscheid über die Neuregelung der Treibstoffzölle

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten in %		Gewicht des Merkmals in bezug auf den Entscheid signifi- kant	
		Ja	Nein		Signifikanz- niveau
Geschlecht	Frauen	55	45	nein	
	Männer	62	38		
Alter	20-39jährige	44	56	ja	0.01
	40-64jährige	63	37		
	65-84jährige	71	29		
Sprachgruppe	deutsche Schweiz	56	44	ja	0.05
	Westschweiz	71	29		
Stadt/Land	Stadt	58	42	nein	
	Land	61	39		
Konfession	Katholiken	64	36	nein	
	Reformierte	59	41		
Beruf	Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte	61	39	ja	0.01
	Angestellte/Beamte i. mittlerer Stellung	47	53		
	Angestellte/Beamte i. unterer Stellung	60	40		
	Landwirte	87	13		
	Arbeiter	64	36		
Bildung	Primarschule	68	32	ja	0.05
	Sekundarschule	59	41		
	Berufs-, Gewerbeschule	60	40		
	Gymnasium, Technikum	52	48		
	Uni	27	73		
Parteisympathie	CVP	76	24	ja	0.001
	FdP	61	39		
	SP	54	46		
	SVP	91	9		
	LdU	29	71		
	LPS	60	40		
	POCH		100		
Keine	53	47			
Pol. Integration	Hoch	76	24	ja	0.01
	Mittel	53	47		
	Tief	51	49		
Stichprobe effektives Abstimmungsresultat		59	41		
		53	47		

men oder abgelehnt haben. Weitere Konfliktfronten lassen sich bei den Merkmalen Alter, Beruf, politische Integration, Sprachgruppenzugehörigkeit und Bildung nachweisen. Als besonders stark zustimmende Merkmalsgruppen können wir die 65-84jährigen, die Landwirte, die politisch hoch Integrierten, die Romands und die Primarschulabsolventen identifizieren. Auf der anderen Seite weisen die 20-39jährigen, die Angestellten und Beamten in mittlerer Stellung sowie die Uni-Absolventen Nein-Mehrheiten auf. Dasselbe, was wir oben für die SP-Sympathisanten festgestellt haben, gilt auch für die politisch mittel und schwach Integrierten und die Deutschschweizer.

## 2.2 Die Entscheidungsmotive

Wie motivieren Befürworter und Gegner der Vorlage ihren Entscheid? Die Antworten auf eine offene Frage geben darüber Aufschluss. Tabelle 18 enthält die von uns gebildeten Motivkategorien und deren relative Bedeutung. 35% der *Befürworter* stimmten deshalb Ja, weil «der Bund mehr Geld braucht». Sie wollten ihm also die 100 Millionen, die er aufgrund der Neuregelung zusätzlich zur freien Verfügung behalten kann, nicht vorent-

Tabelle 18 Entscheidungsmotive - Treibstoffzölle

Motiv	% der Nennungen
<i>Ja-Motive</i>	
- Bund braucht mehr Geld / Bund hat Mehreinnahmen / Automobilisten sollen auch etwas für Sanierung der Bundesfinanzen tun	35
- Geld für Strassen verwenden	22
- Wird auch etwas für Umweltschutz/öffentlichen Verkehr getan	7
- Kommt den Kantonen zugut	5
Undifferenziert / Weiss nicht	28
<i>Nein-Motive</i>	
- Genug Strassen / Autobahnen	29
- Unklar, was mit Geld geschieht / Bund macht mit dem Geld, was er will	23
- Billigeres Benzin	10
- Zu wenig Geld für Umweltschutz/öffentlichen Verkehr	6
- Bund soll sparen	6
Undifferenziert / Weiss nicht	16



halten und fanden, die Automobilisten sollten auf diese Art einen Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen leisten. Die Aufrechterhaltung der Zweckbestimmung des grössten Teils der Treibstoffzolleinnahmen veranlasste 22% der Ja-Stimmenden zu ihrem positiven Votum: Sie stimmten Ja, weil das Geld weiterhin fast ausschliesslich für den Strassenbau und -unterhalt verwendet werden soll. Dass auch ein gewisser Prozentsatz der Treibstoffzoll-Einnahmen für Umweltschutz und öffentlichen Verkehr eingesetzt werden soll, machten gerade noch 7% der Befürworter geltend. Sie wussten offenbar nicht, dass kaum etwas für den Umweltschutz getan wird. Wie schon beim Energieartikel konnten viele, nämlich 28% der Ja-Stimmenden, ihren Entscheid nicht differenziert begründen. Bei den *Gegnern* der Vorlage stehen zwei Motive im Vordergrund. 29% von ihnen wollten mit dem Nein zum Ausdruck bringen, dass es ihrer Ansicht nach in unserem Lande genug Strassen und Autobahnen gebe. Der weiteren Betonierung der Landschaft sei Einhalt zu gebieten. Weitere 23% der Nein-Stimmenden machten fehlendes Vertrauen in den Bund geltend: Sie meinten, dieser mache mit dem Geld, was er wolle; man wisse nicht, was mit dem Geld geschehe. In der Absicht einer Verringerung des Benzinpreises stimmten nur 10% Nein.

### 2.3 Beachtung der TCS-Initiative und Einschätzung der Rolle des TCS

Auch zur Vorlage über die Neuregelung der Treibstoffzölle haben wir einige Zusatzfragen gestellt. Nebst dem Gewicht, das die Befragten den Contra-Argumenten der Umweltschutzorganisationen beimessen, interessierte uns v.a. die Frage, ob die Interviewten das Wirken des TCS erkannt haben und wie sie dieses einschätzten. Nehmen wir das Ergebnis

Tabelle 19 Treibstoffzollvorlage und TCS-Initiative

Frage	Weiss nicht / Keine Antwort	Irgendeine Antwort
	Nennungen in %	
«Die Vorlage über die <b>Treibstoffzölle</b> , über die abgestimmt worden ist, unterscheidet sich ziemlich stark vom ursprünglichen Entwurf des Bundesrates. Beide Räte haben sie in wesentlichen Punkten abgeändert; nicht zuletzt mit Blick auf die TCS-Initiative, die Ende November 1982 eingereicht wurde.»		
«Können Sie mir sagen, worin sich die Initiative des TCS zur Hauptsache von der Treibstoffzollvorlage unterscheidet?»	83	17
«Was hat der TCS nach Ihrer Meinung mit seiner Initiative bezweckt?»	79	21
«Der TCS hat ja die Treibstoffzollvorlage in seinem Sinn beeinflusst und darum auch die JA-Parole ausgegeben. Was hat ihn nach Ihrer Meinung bewogen, die Initiative trotzdem nicht zurückzuziehen?»	85	15

gleich vorweg: Der Stimmbürger hat die Aktionen dieses Interessenverbandes kaum zur Kenntnis genommen oder nicht zur Kenntnis nehmen können oder wollen. Dies schliessen wir daraus, dass auf gewisse Fragen keine Antwort erfolgte (vgl. Tabellen 19 und 20). Tabelle 19 enthält die Ergebnisse von drei offenen Fragen. Sie betreffen den Unterschied zwischen Abstimmungsvorlage und TCS-Initiative, deren Zweck und die Begründung dafür, weshalb der TCS die Initiative vor der Abstimmung nicht zurückziehen wollte. Herausragendes Ergebnis dieser Fragen ist die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten (ca. 80%) keine Antwort geben konnte. Es hat deshalb keinen Sinn, die wenigen Antworten in Kategorien zu untergliedern.

Schliesslich wollten wir von den Interviewten noch wissen, wie weit sie im Zusammenhang mit der Verwendung der Treibstoffzölle für Umweltschutz- und verkehrspolitische Argumente offen waren. Ferner wurden sie noch einmal veranlasst, zu der Rolle des TCS Stellung zu nehmen. Mit jedem vorgegebenen Argument konnten sie sich «voll einverstanden», «einigermassen einverstanden», «eher nicht einverstanden» oder «überhaupt nicht einverstanden» erklären. Tabelle 20 enthält die Fragen und Antworten. Sie illustriert in einem gewissen Sinne, weshalb die Vorlage nur sehr knapp angenommen worden ist. Denn sogar eine beachtliche Mehrheit der Ja-Stimmenden erklärten sich mit den zwei ausgesprochenen Contra-Argumenten einverstanden (69% bei A, Umweltschutz

Tabelle 20 Das Gewicht der Argumente der Umweltschutzorganisationen

Argument	Total			Urnengänger						TCS-Mitgl.			VCS/WWF-Mitgl.		
	1	2	3	Ja-Stimmende			Nein-Stimmende			1	2	3	1	2	3
<b>A</b> Es ist beschämend, dass von den 1.8 Milliarden Franken, welche aus den Totalerträgen der Treibstoffabgaben für den Strassenbau zur Verfügung stehen, nur 2% für den Umweltschutz eingesetzt werden.	72	20	7	69	25	5	77	4	8	68	25	8	83	13	4
<b>B</b> Die feste Zweckbestimmung, diese 1.8 Milliarden Franken für Strassenbau und -unterhalt einzusetzen, bevorzugt in einseitiger Weise «die Strasse» und benachteiligt «die Schiene»	64	25	11	61	34	6	81	10	9	58	35	7	72	22	6
<b>C</b> Die Räte haben ein Beispiel dafür gegeben, dass ein mitgliederstarker Verband wie der TCS allein durch die Drohung mit einer Initiative einen Verfassungsartikel nach seinem Geschmack abändern kann	38	26	36	41	30	29	50	21	29	40	29	30	51	22	28
<b>D</b> Der TCS gibt vor, er widerspiegeln die Interessen aller seiner Mitglieder. Er hat aber nicht die Zustimmung sämtlicher Mitglieder zur Initiative eingeholt, sondern sich mit denjenigen von 14% begnügt (142'000 Unterschriften)	36	25	39	37	27	36	50	21	29	39	32	28	53	21	27

1 = voll einverstanden + einigermassen einverstanden

2 = eher nicht einverstanden + überhaupt nicht einverstanden

3 = keine Meinung

Nennungen in %

geht leer aus; 61% bei B, einseitige finanzielle Bevorzugung der Strasse). Zum Schluss hatten sich die Befragten nochmals zum TCS zu äussern, und zwar dieses Mal zu seinem politischen und verbandsinternen Verhalten (Argumente C und D). Auffallend ist zunächst erneut der hohe Anteil derer, die überhaupt keine Meinung besitzen (ca. 30%). Er ist indessen geringer als bei den (offenen!) Fragen, die in Tabelle 19 enthalten sind (80% ohne Antwort). Unter C war die politische Rolle dieses mitgliederstarken Verbandes zu beurteilen (Einfluss zugunsten einer einseitig strassenfreundlichen Gestaltung der Treibstoffzölle); unter D musste man Stellung dazu beziehen, ob ein Verband von ca. 1 Mio Mitgliedern für solche politische Aktionen genügend legitimiert sei, wenn er sich dabei bloss auf die Delegierten oder die Unterzeichner seiner Initiative (14%) abstütze und dabei doch die Interessen *sämtlicher* Mitglieder zu vertreten glaube. Interessanterweise sprechen sich ca. 40% der TCS-Mitglieder in beiden Fällen gegen dessen Politik aus. Erstaunlicherweise waren bei den Nein-Stimmenden und den Mitgliedern umweltschutzfreundlicher Organisationen nur ca. 50% dieser gleichen Meinung, ca. 20% dagegen und ca. 30% ohne Meinung.

---

## Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 27. Februar 1983

### *Zusammenfassung*

Bei der Doppelabstimmung vom 27. Februar sind zwei knappe Resultate zustande gekommen. Die Treibstoffzollvorlage wurde vom Souverän knapp angenommen, während der Energieartikel trotz eines hauchdünnen Stimmenmehrums am fehlenden Ständemehr scheiterte. Der Entscheid über den *Energieartikel* wurde durch die *Parteisympathie* und die *Sprachgruppenzugehörigkeit* der Befragten stark beeinflusst. Sowohl bei der Anhängerschaft der bürgerlichen als bei jener der linken Parteien stellen wir eine uneinheitliche Haltung fest. Der Vorlage *zugestimmt haben die CVP- und SP-Sympathisanten. Klare Nein-Mehrheiten gab es bei den Anhängern von FdP, POCH wie auch LdU.* Während die *Deutschschweizer den Energieartikel abgelehnt haben*, stellen wir bei den *Romands eine zustimmende Mehrheit* fest. In geringerem Masse haben noch der *Beruf* sowie das *Alter* die Stellungnahme der Interviewten beeinflusst. Die 20–39jährigen haben die Vorlage klar verworfen, die 65–84jährigen mehrheitlich Ja gestimmt.

Die Auswertung einer offenen Frage nach den Gründen des Entscheids zeigt uns, *dass der Energieartikel primär am Veto gegen «zuviel Staat» gescheitert ist: 31% der Nein-Stimmenden machten ein entsprechendes Motiv geltend.* Die Argumente jener Kreise, welchen die Vorlage «zu wenig weit» ging, wurden von 22% der Gegner vorgebracht: Je 11% sagten nämlich, dieser Energieartikel sei zu schwach bzw. er lasse den Bau weiterer Atomkraftwerke zu und solche wollten sie nicht. Der «föderalistische Reflex» spielte dagegen nur eine untergeordnete Rolle, lehnten doch bloss 8% der Nein-Stimmenden den Verfassungsartikel deshalb ab, weil er die Kompetenzen der Kantone beschränke.

Wir wollten auch wissen, welche möglichen *Energiesparmassnahmen* begrüsst, welche abgelehnt werden. *Je schwächer diese sind, desto eher werden sie begrüsst.* Des Weiteren haben wir die Einstellung der Befragten zu finanziellen Massnahmen im Energiebereich erfragt. *Subventionen für die Energieforschung und den öffentlichen Verkehr sind populär. Eine Besteuerung der Energie wird dagegen von etwas mehr als der Hälfte der Befragten abgelehnt.* In der Diskussion um die Energiefrage nehmen die Atomkraftwerke eine zentrale Stellung ein. Die Resultate unserer Befragung zeigen, dass *54% der Interviewten den Bau weiterer Kernkraftwerke ablehnen.* Deren Auswirkungen wirtschaftlicher Art werden als eher günstig, jene auf die Gesundheit und Sicherheit der Menschen als eher ungünstig beurteilt.

Beim Entscheid über die *Neuordnung der Treibstoffzölle* gab es verschiedene Konfliktfronten. Am stärksten hat die *Parteisympathie* der Befragten deren Entscheid über die-

se Vorlage beeinflusst. *Die Anhänger der bürgerlichen Parteien haben der Treibstoffzollvorlage deutlich zugestimmt. Auf der entgegengesetzten Seite votieren die LdU- und POCH-Sympathisanten klar dagegen. Zwischen den zwei beschriebenen Gruppen finden wir die Anhänger der SP und die Befragten ohne Parteisympathie. Auch das Alter, der Beruf, die politische Integration, die Sprachgruppenzugehörigkeit und die Bildung haben das Stimmverhalten beeinflusst. Überdurchschnittlich stark zustimmende Gruppen sind die 65-84jährigen, die Landwirte, die politisch hoch Integrierten, die Romands sowie die Primarschulabsolventen. Die 20-39jährigen, die Angestellten und Beamten in mittlerer Stellung sowie die Uni-Absolventen weisen dagegen Nein-Mehrheiten auf.*

35% der Befürworter stimmten deshalb Ja, weil «der Bund mehr Geld braucht», 22% deshalb, weil das Geld aus den Treibstoffzolleinnahmen weiterhin fast ausschliesslich für den Strassenbau und -unterhalt verwendet werden soll. 29% der Gegner wollten mit ihrem Nein zum Ausdruck bringen, dass es ihrer Ansicht nach genug Strassen und Autobahnen gebe. Weitere 23% von ihnen machten fehlendes Vertrauen in den Bund geltend, sagten sie doch, dieser mache mit dem Geld, was er wolle.



## Analyse de la votation fédérale du 27 février 1983

### *Récapitulation des résultats principaux*

Les deux projets soumis au verdict populaire le 27 février ont donné lieu à des résultats serrés. Le projet d'arrêté fédéral concernant une nouvelle réglementation des droits de douane sur les carburants a été approuvé de justesse par l'ensemble du corps électoral. En revanche, l'article constitutionnel sur l'énergie, accepté par le peuple, a été rejeté par une majorité de cantons.

Le vote sur l'article énergétique a été influencé avant tout par la *sympathie partisane* et l'*appartenance linguistique*. Un clivage semblable est apparu dans la clientèle des partis bourgeois et dans celle des partis de gauche. Ainsi les *électeurs proches du PDC et du PSS ont accepté le projet*, tandis que les *sympathisants du PRD, des POCH et de l'AdI l'ont clairement rejeté*. Si les *Suisses alémaniques se sont prononcés contre le projet*, les *Romands* ont, en revanche, *dégagé une majorité acceptante*. La *profession* et l'*âge* ont également eu une incidence, mais dans une moindre mesure, sur le comportement électoral des interviewés. Alors que les personnes âgées de 20 à 39 ans ont nettement décliné le projet, celles âgées de 65 à 84 ans ont été plus inclinées à le ratifier. Les réponses à une question ouverte montrent que le *rejet de l'article sur l'énergie est imputable avant tout au slogan «Moins d'Etat»*. 31% des opposants y ont été sensibles, alors que 22% ont estimé que ce projet n'allait «pas assez loin». Parmi ces derniers, 11% ont respectivement trouvé que cet article n'était pas suffisamment contraignant et qu'il n'empêcherait pas la construction de nouvelles centrales nucléaires. Le «réflexe fédéraliste» n'a, par contre, joué qu'un rôle mineur. Seuls 8% des opposants ont été d'avis que cet article restreindrait les compétences des cantons.

A la question de savoir quels types de *mesures d'économie d'énergie* rencontrent l'approbation ou non des interviewés, la *majorité s'est déclarée favorable à des prescriptions qui ont le moins d'impact pour freiner la consommation*. Quant aux mesures financières, les *subventions destinées à la recherche énergétique et aux transports publics sont les plus populaires*. Plus de la moitié des personnes interrogées est, en revanche, *opposée à un impôt sur l'énergie*. Dans les débats sur la politique énergétique, la question des centrales nucléaires occupe une place essentielle. Les résultats de notre sondage montrent que *54% des interviewés sont opposés à la construction de nouvelles centrales*. Si le recours à l'énergie nucléaire est jugée bénéfique sur le plan économique, par contre, ses incidences sur la santé et la sécurité des gens sont jugées plutôt défavorables. Lors du scrutin sur la *nouvelle réglementation relative aux droits de douane sur les carburants*, de nombreuses divergences d'ordre conflictuel ont été enregistrées. La *sym-*

pathie partisane a été le facteur qui a le plus influencé le vote. *Les électeurs proches des partis bourgeois ont massivement voté en faveur du projet, alors que les sympathisants des POCH et de l'AdI ont dégagé la plus forte majorité rejetante.* Entre ces deux groupes caractérisés, se situent la clientèle du PSS et les personnes n'ayant déclaré aucune sympathie partisane. *L'âge, la profession, l'intégration ou non au système politique, l'appartenance linguistique et le niveau de formation ont également eu une incidence sur le scrutin. Ainsi les personnes âgées de 65 à 84 ans, les agriculteurs, les Romands et les interviewés qui ont fréquenté l'école primaire ont eu tendance à accepter nettement le projet, tandis que les personnes âgées de 20 à 39 ans, les cadres moyens et fonctionnaires ainsi que les universitaires ont dégagé une majorité rejetante.*

Parmi les partisans, 35% ont déclaré à l'appui de leur oui que la «Confédération a besoin de plus d'argent» et 22% ont été sensibles au fait que les ressources continueraient d'être affectées presque exclusivement au réseau routier. Quant aux adversaires, 29% ont estimé qu'il existait un nombre suffisant de routes et d'autoroutes et 23% ont exprimé leur manque de confiance à l'égard de la Confédération, en invoquant à l'appui de leur non l'idée que l'Etat fait ce que bon lui semble des deniers publics.



**PP**  
**8001 Zürich**

**Im Jahre 1978/1979 wurde VOX unterstützt von:**

Spenden von 2000 Franken und mehr:

*Firmen/Verbände:* SEVA Lotterie, Bern / Migros Genossenschafts-Bund / Schweiz. Bankverein, Basel / Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich / Schweiz. Kreditanstalt, Zürich / Schweiz. Volksbank, Bern / COOP Schweiz, Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500-1500 Franken:

*Firmen/Verbände:* Hoffmann-La Roche, Basel / Dr. D. Bührle, Zürich / Sandoz, Basel / Eswa-Ernst, Stansstad / IBM, Zürich / Viscosuisse, Emmenbrücke / Alusuisse, Basel / Dr. C. Aebi, Burgdorf / Philip Morris, Lausanne / Rheinsalinen, Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé, Vevey / SMUV, Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern

*Staatliche Stellen:* Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Basel-Stadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR

Spenden von 200-400 Franken:

*Firmen/Verbände:* Wander AG, Bern / Sunlight, Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero, Lenzburg / Weltwoche-Verlag, Zürich / Kümmerly & Frey, Bern

*Staatliche Stellen:* Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Basel-land / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz



Unter dem Patronat des  
FORUM HELVETICUM

Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich, ☎ 01/202 07 87  
Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet